

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210813MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Abgabe des Abonnementpreises
Bestellungspreis 2,20 A, einschließlich
50 Prozent Steuerzuschlag
Arbeitsmarktlage
Familienangelegenheiten 2,40 A
Kriegsgefangene
Bestandteile 21 im Ver-
gleich (bis 7 Uhr abends
für den folgenden Tag),
in den Büchereien (bis 5 Uhr)
und in allen Annoncen-
büros.
Kriegs- und Postanordnungen
ohne Verbindlichkeit.

Das Echo wird am
Sonntag u. nach Festtagen
einmal, Preis 2,20 A, monatlich
10 A vorauszahlbar
Reaktion:
Hamburger Echo, 1. Etage,
Berliner Allee 11, Hamburg.
Verantwortlicher Redakteur:
Paul Rüdiger, Altona.
Redaktion:
Hamburger Echo, 1. Etage,
Berliner Allee 11, Hamburg.
Verantwortlicher Redakteur:
Paul Rüdiger, Altona.

Mr. 374. Sonnabend, den 13. August 1921 - Morgen-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Völkerbund, hilf!

Der Oberste Rat nahm am Freitag vormittag folgende Resolution an: Der Oberste Rat beschließt, bevor er über die Vertiefung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 86 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Festsetzung der Grenze entstanden, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht ein Gutachten über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundsrat gebeten, das Verlangen als sehr dringend zu betrachten. (Sachsammlung.)

Das also ist der Ausweg, auf den die an ihrer Aufgabe verzweifelnden Staatsmänner der Entente, die heute jedenfalls keine „cordiale“ mehr ist, verfallen sind, als sie die Vertiefung der ober-schlesischen Frage plöcklich vertagen. Ein die obige Meldung ergänzendes Havastelegramm fügt hinzu: Die Vertiefung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbund erfolgte auf britischen Wunsch, der von Japan und Italien unterstützt wurde.

Da der Völkerbundsrat, wie er heute beschaffen ist, nur eine erweiterbare Kommission des Obersten Rates darstellt, läuft die Vertiefung der Frage an ihn nur darauf hinaus, Zeit zu gewinnen. Alle Staatsmännlein bestrebt bekanntlich darin, den richtigen Zeitpunkt für eine Handlung zu wählen. Und für den Schiedsspruch, der den ober-schlesischen Knoten lösen soll, war nach Meinung von Lloyd George und der beiden Sekundanten, die im Duell mit Briand auf seine Seite traten, gerade jetzt eben nicht die richtige Zeit. Man weiß — wenigstens lauten dahin alle aus Oberschlesien einlaufenden Gerüchte —, daß die Polen zu neuem Aufbruch bereit sind, falls der beste Teil Oberschlesiens nicht ihnen ausgeliefert wird. Man weiß ebenso gut oder noch besser, daß für Deutschland der Verlust dieser Provinz unvertäglich wäre als alles, was uns die Diktatur von Versailles bisher schon aufzuerlegt hat, und daß ein politisches Oberschlesien weit schlimmeres als ein neues Schaff-Boschingen für Europa bedeuten würde. Also: was tun?

Man hilft sich, indem man vorläufig überhaupt nichts tut. Trotz des ausgesprochenen „dringenden“ Verlangens wird der Völkerbundsrat, der in Genf zu tagen pflegt, sich nicht allzu sehr beeilen, das Gutachten über die Grenzlinie, die Leberdinge zu reifen soll ohne es zu rufen, abzuwarten. Vor welcher Schwierigkeit man da steht, läßt eine Mitteilung erkennen, die Havast über die letzte Beratung der französischen Sachverständigen gibt. Sie hatten die von Lloyd George vorgelegte Grenzlinie zu prüfen und kamen zu diesem Ergebnis: Nach ihrer Berechnung würde der englische Teilungsplan darauf hinauslaufen, 200 000 polnische Stimmen an Polen zu geben, dagegen 270 000 polnische Stimmen an Deutschland und etwa 100 000 deutsche Stimmen an Deutschland. Dazu meint der Havastvertreter, die einfachen Zahlen der Volksabstimmung genügen, um darzutun, daß der englische Vorschlag unannehmbar sei.

Diese Zahlen mögen sehr willkürlich zusammengestellt sein, um nur ja keine Lösung im antipolnischen Sinne zulaufelassen, aber sie zeigen, daß die Polen, die nun einmal in Oberschlesien zusammen zu leben gezwungen sind, so voneinander zu trennen vermag, daß alles, was polnisch ist, zu Polen, alles, was deutsch ist, zu Deutschland kommt. Hier gibt es Grenzen des Selbstbestimmungsrechtes, über die keine Abstimmung, auch nicht die freieste und gerechteste, hinweghilft. Hier heißt es: Ihr müßt Euch vertragen und vielleicht ist dies der Hintergedanke, den Lloyd George bei seinem Vortragsantrag befolgt hat: die Polen und Deutschen in Oberschlesien sollen sich so lange schließen, bis sie es lernen, sich zu vertragen. Von dem Zeitpunkt an wäre die Lösung der Frage, die heute unlösbar erscheint, gewiß nicht mehr schwer. Ein autonomes Oberschlesien im Verband des Deutschen Reiches, aber mit offener Tür gegen Polen — hätte man es früher geschaffen, wer weiß, ob es dann überhaupt noch eine ober-schlesische Frage gegeben hätte. Doch die Gelegenheit ist verpaßt und aus der gegenwärtigen verfahrenen Situation kann — das haben die Pariser Verhandlungen bewiesen — auch der Oberste Rat nichts Vernünftiges schaffen.

Der Ausweg, den er jetzt eingeschlagen, wäre so übel nicht, wenn der Völkerbundsrat das wäre, was sein Name verspricht. Wenn alle Völker, vor allem die zunächst Beteiligten, darin vertreten wären, und wenn wirklich die Interessen der Völker, nicht allein die ihrer herrschenden Schichten dort zur Geltung kämen. Davon kann leider heute noch nicht die Rede sein. Und so bleibt Oberschlesien die schwärzende Wunde, die nicht allein den deutschen Volkstörper, sondern ganz Europa mit nationalstiller Verzweiflung durchsticht. So laucht denn auch jetzt sofort wieder die Frage der verstärkten Truppenbewegung auf, und es ist klar, daß die militärischen Franzosen dabei versuchen werden, ihre gegen Deutschland gerichtete Front im Osten zu verstärken. Ob England das noch verhindern kann und will, steht sehr dahin. Lloyd George ist nach London zurückgekehrt und

soll nicht die Absicht haben, wegen Oberschlesiens nochmals nach Paris zu kommen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten beteiligt sich an der Aussprache über Oberschlesien auch nicht mehr; für ihn ist dies ein „rein europäisches Problem“, also nichts für Amerika. Was bleibt, wenn nicht der Wahnsinn des Krieges aufs neue sein Haupt erheben soll, anderes übrig, als eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich-Polen anzubahnen, die den aus allgemeiner Ratlosigkeit angezogenen Janbergspruch des Völkerbundes überflüssig macht?

Beratungen in Berlin.

Der Reichskanzler empfing am Freitag vormittag den Reichstagspräsidenten Brüder und den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses Hermann Müller zu einer Besprechung. Die zweieinhalbstündige Beratung galt zur Hauptsache der Einberufung des auswärtigen Ausschusses und des Reichstages mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage. Die Einberufung des Reichstages wurde nicht für notwendig erachtet, doch stimmte man darin überein, daß der Auswärtige Ausschuss einberufen werden müsse, nachdem entscheidende Nachrichten aus Paris vorliegen. Da der Reichstag erst am 18. August zusammentritt und mit der Beratung der Steuerlagen beginnt, ist es fraglich, ob bereits bis zum 6. September, wo der Zusammentritt des Reichstages vorgesehen ist, die Steuerpläne durchführbar sind. Besonders die notwendigen Verhandlungen mit den Ländern über die kommenden Steuern werden die Beratungen verzögern, so daß wahrscheinlich der Reichstag zu einem späteren Termin als dem 6. September zusammentreten wird.

Bei der Besprechung wurden auch die Steuerpläne einer Erörterung unterzogen. Herrmann Müller benutzte die Gelegenheit, um dem Reichskanzler nochmals die Wahrung der Sozialdemokratie bezüglich der Steuerfrage mitzuteilen.

Ueber die durch die Resolution des Obersten Rates geschaffene Lage in Oberschlesien teilt unser Berliner Mitarbeiter folgendes mit:

Die Verschiebung der Entscheidung birgt viele Gefahren in sich. Schon aus diesem Grunde muß Deutschland wünschen, daß der Völkerbundsrat sofort nach der ersten Sitzung des Völkerbundes, der sich am 5. September zusammensetzt, seine Arbeiten aufnimmt. Dieses Verlangen ist um so mehr berechtigt, als viele Anzeichen für einen neuen Polenputsch vorliegen, der nicht inabende ist, das ober-schlesische Problem zu lösen, sondern nur neue Konflikte heraufbeschwören kann. Nachdem der Oberste Rat die Entscheidung vertagt hat, kann Deutschland nicht für eventuelle Konflikte verantwortlich gemacht werden, die im Zusammenhang mit einem Polenputsch entstehen könnten.

Auf das augenblickliche Regierungsverhältnis wird die Vertiefung der Entscheidung keine Auswirkung haben. Die Reichsregierung wird dem Reiche und damit Europa den Beweis liefern, daß sie es mit der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen ernst meint. Wir appellieren an den Völkerbundsrat, durch ein gerechtes Urteil der Welt zu beweisen, daß das gegen uns bestehende Mißtrauen nicht berechtigt ist, und hoffen, daß der Völkerbundsrat wirklich das werde, was sich die europäische Menschheit in den Novembertagen 1918 unter einem Völkerbund vorgestellt hat.

Die weitere Tagesordnung des Obersten Rates.

Havas meldet aus Paris: In der Frage der Aburteilung der Kriegsbefehlshaber ist der Oberste Rat, die Justizbehörden der verschiedenen beteiligten Länder zu erfragen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig beizutreten, Vorschläge über die einzunehmende Haltung zu machen. Die nächste Sitzung wird heute vormittag 10 1/2 Uhr stattfinden. Tagesordnung: Die Frage der Sanktionen.

Das französische Kabinett billigte die von Briand im Obersten Rat eingenommene Haltung.

Keine Einigkeit.

Am Freitag tagten, wie schon gemeldet, in Berlin die Spitzenorganisationen, um eine Einheitsfront bezüglich der an die Regierung zu stellenden Forderungen herzustellen. Wie wir erfahren, sind auf Grund der großen Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der zu stellenden Forderungen die Verhandlungen gescheitert. Die Organisationen werden somit einzeln vorgehen und der Regierung ihre Forderungen unterbreiten.

Englands irische Sorgen.

Wegen der irischen Antwort an die englische Regierung ist für Sonnabend in London ein Kabinettsrat einberufen. Ueber den Inhalt der Antwort wird strenges Stillschweigen bewahrt, so daß alle Meldungen, die über den Inhalt etwas wissen wollen, auf Kombinationen beruhen. Von London ist die irische Antwort am Freitag in einem Sonderflugzeug Lloyd George nach Paris überbracht worden. Es wird erwartet, daß Lloyd George am Dienstag oder Mittwoch im Anschluss an eine Erklärung über die politische Lage abgibt und gleichzeitig den Inhalt der Vorschläge an Delabera befähigen wird.

Der 9. internationale Metallarbeiter-Kongress.

Zweiter Tag. Luzern, 9. August. Die Verhandlungen leitet der Vertreter der englischen Maschinenbauer Rowland. In seiner Eröffnungsrede ermahnt er daran, daß der heutige Zweipol in der Arbeiterbewegung nur die Neuaufgabe jenes Streites sei, der auf dem Zürcher Kongress im Jahre 1893 ausgetragen wurde. Was damals die Anarchisten gewesen seien, seien heute die Kommunisten. Das Schicksal jener werde das Schicksal dieser bald sein.

Es eröffnet nun der internationale Sekretär Jig Bericht über seine Tätigkeit. Die Hauptaufgabe dieses Kongresses müsse sein, klar zu entscheiden, ob der Weltbund, eine Informationsbüro zu bilden, oder ob er eine Kampforganisation, die Internationale der Zeit werden solle. Von der Lösung dieser Frage hänge die Entscheidung über Statut, Beitragspflicht, usw. ab. Mit den Organisationen in Spanien, Portugal, Rumänien und Jugoslawien seien wir nun auch in Verbindung gekommen. Den Anschlag der ersten beiden verbündeten aber trübe Zustände im Lande, die beiden andern halten für sich den Anschlag an die Moskauer Internationale für das bessere. Der Anschlag auf das Land ist unmöglich, weil ein Beschluß des Exekutivkomitees bestimmt, wer zur 8. Internationale gehört, unsern Bund nicht angeht. Doch sind die noch außenstehenden Verbände von geringerer Wichtigkeit.

Dihmann (Deutschland) wünscht einen besseren Ausbau des Nachrichtenwesens. Da die Organisationen nicht über den Stand der Dinge ständig informiert werden, können die Unternehmungen die ausländischen Arbeiter gegen ihre eigenen auspielen. Ober ist es möglich, daß in England im Schiffbau Streik ist und besten Aufträge in einem andern Lande unbenutzt ausgeführt werden.

Merrheim (Frankreich) glaubt, vor enger Beerdigung der Kampforganisation mit der Weltbewegung zu müssen. Je schärfer wird die Linie der wirtschaftlichen Organisationen stehen, desto weniger laufen wir Gefahr, in den Parteistreit hineingezogen zu werden.

Rummer (Deutschland) wünscht nach der Kriegsbunden scharf trennen, ist eine entschiedene Haltung der Arbeiter gegen den Krieg und die Militärindustrie zu betonen. Die Militärbudgets werden eifrig erhöht, Kräfte werden weiter geführt, die Arbeiterbewegung bestrebt ohne Unterlass Kriegsschiffe und Munition. So ist ein neuer Weltkampf leicht möglich. Der Ernst der Stunde verlangt rasches Handeln. Der internationale Gedanke muß mehr und taftätiger in Reife und Glied der Metallarbeiter getragen werden. Hierfür ist die gesamte Arbeiterbewegung der Welt zu benutzen. Unser Sekretariat muß am Ausgangspunkt der weltweiten propagandistischen Arbeit gemacht werden. Den russischen Metallarbeitern ist die Tür zu unserm Bund offen zu halten. Man darf das, was uns jetzt Moskauer Forderungen bringen, nicht als Anschlag der russischen Arbeiter auf das Land nehmen.

Der österreichische Kollege dankt den ausländischen Kollegen für ihre Hilfe für die österreichischen Kinder, wodurch vielen das Leben gerettet worden ist. Die Österreichler sind noch besonders für die Stärkung der Internationalen, weil ohne deren Mitarbeit Österreich, das nur nach eine Kolonie des Auslandes ist, nicht von der internationalen Arbeiterbewegung getrennt werden kann.

Conle (England): Vor dem Krieg lieferte in England die Tonne Schiffsmaterial 5 Pfund, heute 50 Pfund. Dessen ungeachtet behaupten unsere Unternehmer, sie müßten die Löhne ablassen, weil Belgien ja fast in Ruine liege und in Deutschland länger als in England gearbeitet werde. Wir wissen, diese Behauptungen sind unmaßgeblich, aber es fehlt uns doch an bestimmten Daten zur Widerlegung. Aus diesem Grunde schon muß der Austausch von Berichten besser ausgebeutet werden.

Aus dem Bericht der Rechnungs- und Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 55 Delegierte anwesend sind, deren Mandate sämtlich anerkannt werden.

Es folgt die Beratung des neuen Bundesstatuts. Hierzu liegt ein Entwurf des Exekutivkomitees vor. Die Abänderungsanträge der Holländer und Engländer bestehen sich auf die Vertiefung und auf das Recht des Exekutivkomitees, im Notfall Sonderbeiträge in der Höhe eines Monatslohnes zu erheben. Vertiefung großer Räumlichkeiten aufzuführen. Bei dieser Sache steht grundsätzlich zur Entscheidung, ob der Bund fernerhin Informationsbüro oder Kampforganisation sein soll.

Der Entwurf fordert als Jahresbeitrag von jeder Organisation die Abzahlung eines bei ihr geltenden Stundenlohnes für das laufende Jahr. Eine Forderung, die Mühsal auf die Hände mit schlechter валюта nimmt. Die Engländer fordern dagegen als Jahresbeitrag 15 Schilling für das laufende Jahr, ein Betrag, der als Maßstab das englische Pfund haben und Kurschwankungen nicht unterworfen sein soll.

Die Engländer verteidigen ihren Antrag hartnäckig gegen die Delegationen aller anderen Länder. Nach mehrtägiger Aussprache finden sich die Engländer zu Entgegenkommen bereit, indem sie erklären, folgende Fassung annehmen zu wollen: „Der Jahresbeitrag für das laufende Jahr besteht aus dem Betrag des Stundenlohnes für acht Stunden... eines jeden Landes, aber nicht mehr als 15 Schilling.“ Mit dieser Aenderung ist der gesamte Kongress einverstanden. Bei der statutarischen Bestimmung über das Recht des Exekutivkomitees, Beiträge abzusuchen, wiederum scharfe Opposition der Engländer. Die Unnachgiebigkeit der anderen Delegationen macht die Engländer etwas geneigt. Es soll verhandelt werden, eine Verständigung zwischen den verschiedenen Meinungen bis zur nächsten Sitzung zu finden.

Arbeiter- und Angehörtenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Vor kommenden Lohnkämpfen. Mit Ablauf dieser Woche wird der Preis für eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren, und ihm werden sich in der nächsten Zeit die Preise für die wichtigsten Lebensmittel anschließen. Dazu kommen in nicht allzuferner Zeit die neuen Steuern, die den Etat des Arbeiterausbaues ganz enorm belasten werden. Angesichts dieser fortschreitenden Zermürung hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits in einem Aufruf an die Arbeiterbewegung gewandt und darin die Notwendigkeit betont, überall für eine allgemeine Lohnkämpfe einzutreten. In den nächsten Tagen schon

werden die Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Richtlinien für die neuen Forderungen aller Hand- und Kopfarbeiter vorlegen. Auch die Reichsregierung hat sich bereits mit der Frage der Lohn- und Gehaltssteigerungen beschäftigt um ihre Arbeiter und Angestellten vor weiterer Verelendung zu schützen.

Die Erregung, die sich in der Arbeiterbewegung bemerkbar macht, findet ihren Ausdruck in einer Reihe von Streiks, die aus dem ganzen Reich gemeldet werden. Überall treten die Arbeiter der verschiedensten Berufe, sehr oft auch einzelner Betriebe, an die Unternehmer heran und fordern unter Berufung auf die einseitige Zermürung eine Erhöhung ihrer Löhne. In den meisten meißten Fällen werden diese Forderungen abgelehnt. Die Folge ist dann ein Streik, der sehr oft von den Unternehmern mit einer Aussperrung in den übrigen Betrieben beantwortet wird.

Diese Politik der Arbeiter ist nicht die richtige. Es ist zu verstehen, daß jeder Streik ist, seinen Lohn so zu erhöhen, wie es ihm möglich ist. Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die eine Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterbewegung bedeutet, sind aber solche Einzelunternehmungen von vorn herein zum Scheitern verurteilt. Wenn ein Erfolg errungen werden soll, dann ist heute in besonders hohem Maße notwendig, daß die Gewerkschaften geschlossen vorgehen.

Die Wichtigkeit der kommenden großen Lohnbewegungen, und die Schwierigkeit, sie zum Erfolg zu führen, ergibt sich schon aus dem oben erwähnten Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen. Die Arbeiterbewegung hat die Verpflichtung, auf die Beschlüsse der Konferenz zu warten, um dann mit ihrer ganzen Kraft sich für deren Durchsetzung zu verwenden. Jeder Streik, so berechtigt er an sich sein mag, schädigt die Bewegung. Arbeiter, die in der heutigen Zeit einige Wochen lang mühsam gekämpft und den Lohn verloren haben, werden bei einer kommenden Gelegenheit, und sei sie die günstigste, nicht wieder dazu zu bewegen sein, den Kampf erneut aufzunehmen. Dem wohl vorgebeugt werden und darum sei von dieser Stelle aus an alle Arbeiter, Angestellte und Beamten der Appell gerichtet, ihre Kräfte nicht zu zerstreuen, nicht irgend einem Vorhaben nachzulassen und sich durch ihn zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Es gilt jetzt, alle Kräfte zu sammeln und in dem Augenblick geschlossen zum Kampf anzutreten, der von den höchsten Gewerkschaftsinstitutionen nach reiflicher Erwägung der Erfolgsaussichten, als Beginn des Kampfes bezeichnet wird.

Lohnbewegung der Rechtsanwaltsangeestellten.

Die mit den Rechtsanwältinnen Groß-Hamburgs abgeschlossene Gehaltsabkommen für die Angehörigen der Rechtsanwaltschaft und Notare können erstmalig am 30. September dieses Jahres geltend gemacht werden. Die rapid ansteigende Zermürung wird es notwendig machen, daß auch die sehr mäßig bezahlten Anwaltsangeestellten eine Lohnaufbesserung erhalten und hat daher der Vertrauensrat der Angehörigen zu Mitteln, die Vertrauensleute der in Frage kommenden Organisationen zu einer Versammlung über die einzuschlagende einheitliche Einberufung. Die Kollegen werden sich in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung über die einzureichenden Forderungen klar werden müssen und weisen wir schon heute auf diese Versammlung hin, an der sich jeder Kollege und jede Kollegin beteiligen muß.

Deutsches Reich.

Das Ergebnis der Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband

liegt jetzt vor. Der „Vorwärts“ berichtet darüber: Die Wahlen, deren ergebnisreiches Ergebnis soeben festgestellt wurde, brachten zunächst einen glänzenden Sieg der Amtierender Gewerkschaftsbewegung über die Moskauer Gewerkschaftsleiter. Darüber hinaus bedeuten die Wahlen einen schönen Erfolg für unsere Parteigenossen. Von 781 Mandaten haben sie mit 410 die absolute Majorität auf der Verbandsgeneralsammlung. Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Bezirke und Fraktionen wie folgt:

Bezirk	SPD	USPD	ADP	Parteilos
Berlin	27	50	—	—
Bielefeld	12	8	—	—
Brandenburg	12	8	—	—
Breslau	26	7	4	—
Dresden	42	47	11	—
Erfurt	6	18	11	—
Essen	98	90	12	—
Frankfurt	49	9	10	1
Hagen	16	19	21	—
Halle	22	16	—	—
Hamburg	39	18	—	—
Hannover	20	6	—	—
Köln	26	4	—	—
Münster	16	17	15	—
Stettin	8	8	—	—
Königsberg	1	4	—	—
Schwittger	49	19	17	—
Summa	410	256	114	1

So glänzend das Resultat für die Amtierender Internationale und für die parteigenössischen Metallarbeiter ist, so darf doch nicht die Tatsache übersehen werden, daß die Kommunisten mit 114 Mandaten an der Generalsammlung erschienen. Dieses Ergebnis zeigt, daß ihre Reichsgewerkschaftszentrale nicht ohne Erfolg gearbeitet hat. Aus dieser Tatsache ziehen wir die Schlussfolgerung, daß unsere Genossen, das alle jene, die Anhänger einer praktischen Gewerkschaftsarbeit sind, wie sie die der Amtierender Gewerkschaftsinternationale angegliederten Organisationen betreiben, noch eine große und schwere, aber dankenswerte Aufgabe in den Gewerkschaften zu erfüllen haben. Wenn die Entwicklung wie in den letzten beiden Jahren ihren Fortgang nimmt, und wenn wir in länger oder engerer Reihe den Kampf gegen jede Zersplitterung der Gewerkschaften führen, dann wird auch bald der letzte Arbeiter von der Verberberheit der Moskauer Gewerkschaftspolitik überzeugt sein und uns für die Einheit der Deutschen und

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Aus der Theaterwelt. Hamburger Stadttheater. Die Aufführung des gänzlich neu ausgestatteten und inszenierten „Zambruso“ findet am 17. August statt mit den Damen Senjan und Weber sowie den Herren Soubert, Schindler, Grotzer, Diehl, Karawitz usw. in den Hauptrollen. Am Dienstag, 16. August, abends 8 Uhr, ist eine sinnenliche Generalprobe, zu der Einladungen ergangen sind. Einlass 5 A. — Carl Schucke-Theater. Dienstag, 16. August, findet die 25. Aufführung von „Die Hofmeisterin“ in der Originalbesetzung statt. Donnerstag, 18. August, verabschiedet sich Curt Hillen in „Die Hofmeisterin“. Seine Waise spielt vom 19. bis 31. August der Berliner Darsteller der Rolle, Herr Hugo Fischer-Köppe vom Central-Theater, Berlin.

Kleines Feuilleton.

nk. „Die Höhle von Colander“. Am Ausgang des Traverstales, 130 m über dem Meer der Aruze, liegt in 650 m Meereshöhe die Höhle von Colander. Der Zugang vom Bahnhofs Champrelin nach Champ du Moulin führt nach dem ersten Kilometer an die dort. Sie ist 26 m lang und hat eine größte Breite von 11 m; Erhebungen haben eine größte Höhe von 8 m ergeben. Nach den Aufzeichnungen des Entdeckers, Aug. Dubois, an der schließlichen Naturforscherversammlung in Neuenburg über die in der Schweiz gefundenen Fossilien für Neozoen, die Natur und Lebewesen berichtet wird, war die Höhle einst ohne Verbindung mit der Außenwelt. Sideritwasser muß sich im Laufe langer

Zeiträume durch chemische Lösung allmählich gebildet haben. Gegen Ende des Eiszeitalters wurde sie jedoch zugänglich, und Höhlenbären und Moustier-Jäger benutzten sie als Aufenthalt. Als mit der Wärme-Eiszeit der Gletscher des Traverstales Zales die Höhle verdrängte, zogen die Höhlenbewohner aus. Der Leib des Talgletters stieg höher und höher; seine Seitenränder erreichte den Höhleneingang und die abfließenden Schmelzwasser schwenkten das Höhlenmaterial in die Höhle hinein. Schließlich übernahm der Wassereisfluss nach 400 m über die Höhle hinaus seine Hauptaufgabe. Nach dessen Niedrig muß sich der Mensch noch einmal vorübergehend in der Höhle niedergelassen haben. Die Ausbeute ist außerordentlich reich. Hunderte von Steinwerkzeugen und eine Menge tierischer Knochen sind ausgegraben worden. Die Knochen entfallen zu 95% auf den Höhlenbären, verteilen sich aber auf über 50 Arten, während von der Waldhirschknochen nur etwa 12 Arten bekannt geworden sind.

nk. „Die Affinenfauna von Büsum“. Einen wertvollen Beitrag zur Kenntnis der Affinen- oder Seemannsfauna der Nordsee gibt Professor Dr. Ferdinand Rax, Breslau, mit einer Untersuchung der Affinenfauna von Büsum, die er in den „Schriften der Zoologischen Station Büsum für Meereskunde“ veröffentlicht. Die eigenartigen Erstlingsbestimmungen, unter denen die Tierwelt des Bottenmeeres lebt, verleißen auch der Affinenfauna jenes Gebietes ein besonderes Gepräge. Geringer Salzgehalt, beträchtliche Temperaturschwankungen, weicher Untergrund und Wechsel der Gezeiten sind die wesentlichen Faktoren, die die Zusammenfassung der Fauna bestimmen. Im Bottenmeer finden wir daher nur solche Affinen, die erdtrübend und euryhalin sind und bis zu einem gewissen Grade eine amphibische Lebensweise führen, das heißt eine vorübergehende Fressenlösung ihres Sclerotids mit vertragen. Da nur wenige Formen eine deutliche Anabundanzform besitzen, ist

die Affinenfauna des Bottenmeeres artenarm. Wie in vielen Nebenmeeren nimmt auch in der Nordsee die Zahl der Affinenarten durchaus proportional dem Salzgehalt ab. Während nördlich von der Doggerbank der Salzgehalt im allgemeinen 85% beträgt, sinkt er schon bei Helgoland auf 33%, in den Baiten auf 31% herab, um in der Elbmündung bei Cuxhaven sein Minimum mit 17 bis 20% zu erreichen. In voller Abhängigkeit von dieser Abnahme der Salinität nach Osten finden wir in der Affinenfauna eine entsprechende Reduktion der Artenzahl. In der westlichen Nordsee kommen ungefähr 15. Bei Büsum dagegen nur mehr 5 Arten vor, in der Elbmündung fehlen Affinen vollständig. In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Beachtung, daß von den 5 Arten der Bittermeeres Fauna 8 in die westliche Ditsse eindringen, wo überhaupt nur 4 Spezies heimisch sind. Von noch größerer Bedeutung ist der absolute Betrag der Salinität erreicht sich die starke Schwankung des Salzgehaltes, die für die östlichen Mangebiete der Nordsee charakteristisch ist und von dem jeweiligen Zustrom von Landwasser abhängig ist. Auch das Relief des Meeresbodens ist von maßgebendem Einfluß. Die großen Tiefen des Skagerrak, die durch die norwegische Rinne stets frischen Zufluss aus dem atlantischen Ozean erhalten, beherbergen ein ungleich reicheres Tierleben als die flachen Gründe der Nordsee, denen die Einmündung fehlt.

Bücher und Schriften.

Herrmann Raimund: nach Aufzeichnungen u. m. gesammelt von Richard Smetak. Wiener. 2. Aufl. 1920. Eine Schriftsammlung von Raimunds Lebensbeschreibung in 52 Briefen hat der die Einleitung fast das in unmaß alles

enthält, was wir von ihm wissen. Das ist nicht richtig, aber es enthält alles Wissenswerte über ihn. Dem mehr braucht man wirklich von ihm nicht zu wissen. In seiner Heimat Österreich beruht man ihm auf der Bühne zu erhalten, aber in Deutschland läßt man ihn langsam in Vergessenheit geraten; das ist zwar schade, aber nur die ganz Großen bleiben länger als hundert Jahre nach ihrem Tode lebendig und ruhmvoll. Die Zeiten sind auch anders geworden und gerade er war ein Kind seiner Zeit. Freilich war auch seine Zeit materialistisch und „werde reich“ war sogar eine politische Ermahnung. Aber als Kindzeit darauf hatten andere die Ermahnung: „Seid zufrieden mit dem, was Ihr habt!“ Der Sozialismus, vor dem gegen erst in seinen ersten Anfängen, wiewohl die ersten frommlichen Sozialisten damals ihre Werte schon gelehrt hatten. Immerhin: ich brauche nur den „Verfallener“ und das Abellied daraus zu nennen und das Bild „Verfallener“ ist dann ist jedes sofort im Bild. Raimund ist übrigens auch der Komponist dieses schwerwichtigen Gedichtes. Er scheint auch ein besonders guter Schwarm dieser gewesen zu sein; denn sonst wäre es nicht zu erklären, daß er fortgesetzt Fortschritte machte, als er an den großen deutschen Bühnen, z. B. auch in Hamburg, auftrat. Ich erwähne schon die Einleitung; sie ist von Hugo Hofmannsthal und der Verleger ist gewiß nicht wenig stolz darauf; aber mir für meinen Teil ist es unmöglich, ihren Inhalt zu fixieren. Raimunds Redensarten würden gelobt haben „Mein's net so schön!“ Dr. M. Rosenbader.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 20. Heft vom 2. Band des 39. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien mir hervor: Zur Kritik des Programmbereichs, Von Heinrich Ganss, U. (Hochschule). — Gegen die Programmrevision. Von Hans Morde Wald. — Eine Entscheidungssache. Von J. Striner-Julian. — Der Jertum des bevölkerungspolitischen Kongresses der Stadt Köln. Von Wilhelm Schöller. — Neue Literatur über Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Von Dr. Georg Hain. — Politische. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postkörpere aus Briefe von 1,50 A. Das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe der Post für nur das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 A. Vorbestellungen stehen jederzeit zur Verfügung.

